

Pressespiegel Parkleitsystem 1997-1998

STADT UND LAND

Der heiße Draht zum Hamelner Markt: 200-262

Parkleitsystem umstritten:

BUND: Hinweistafeln tun es auch!

Für rund 1,1 Millionen Mark wollen die Stadtwerke in Hameln ein Parkleitsystem installieren – und rufen damit nicht nur den BUND auf den Plan. Auch aus den Reihen der Politik wird Kritik an diesem Vorhaben laut. „Das Thema ist noch lange nicht erledigt“, faßte Stadtdirektor Eckhard Koss im Anschluß an die Sitzung des Verwaltungsausschusses den aktuellen Stand der Diskussion zusammen.

Offensichtlich prallen in der Frage nach Sinn oder Unsinn eines Parkleitsystems unterschiedliche Standpunkte aufeinander. Während innerstädtischer Handel und Werbe Interessen Ring (WIR) sich eindeutig für die Aufstellung jener elektronisch gesteuerten Ta-

feln aussprechen, die Autofahrern freie Parkplätze in Parkhäusern und Tiefgaragen anzeigen, ist die Politik gespalten und hält der BUND die Sache schlicht für unsinnig und überflüssig. Die Umweltschützer berufen sich dabei auf den vom Hamelner Rat gebilligten Verkehrsentwicklungsplan (VIP). Dessen Gutachter mochten (in einem Schriftwechsel mit dem Hamelner Einzelhandelsverband) seinerzeit „einer Stadt wie Hameln die Einrichtung eines digitalen Parkleitsystems nicht empfehlen“.

Zum einen erübrige es sich, weil Hamelns Parkgaragen so gut wie nie ausgelastet seien, zum anderen stünden Investitions- und Betriebskosten „in keinem Verhältnis zum Nutzen“.

Einen anderen Aspekt hatte das Gutachten zum Citymarketing herausgearbeitet: Danach äußerten sich vor allem jene Autofahrer unzufrieden mit der Parksituation in Ha-

- Anzeige -

WEIN *kauft man bei* **KROPP**

meln, die weniger als fünf Kilometer bis zur Innenstadt zurückgelegt hatten – also Ortskundige, die den Weg in die Parkgaragen mit freien Stellplätzen hätten finden können, wenn sie nur gewollt hätten.

So vermutet denn auch Dr. Markus Hedemann vom BUND-Arbeitskreis Verkehr,

daß sich auch mit Parkleitsystem „weiterhin jeder Einheimische seinen Parkplatz selbst suchen wird“, zumal überhaupt nur „etwa ein Drittel der Innenstadtparkplätze“ mit der digitalen Anzeige erfaßt und ausgewiesen würden. Blieben also nur noch die ortsfremden Besucher der Stadt, die sich von dem 1,1 Million Mark teuren System vielleicht zur Torte oder unter die Rattenfänger-Halle „leiten“ ließen. Aber denen, meint Ralf Hermes vom BUND, „könnte man mit einfachen Hinweistafeln genauso helfen“.

Verärgert sind beide oben- drein, weil die Verwaltung gegenüber dem Arbeitskreis VIP im Verlauf der letzten Sitzung vor wenigen Wochen kein Wort über die beabsichtigte Einführung des Parkleitsystems verlor. Das Gremium, in dem Parteien und Verbände vertreten sind, habe, so Hedemann „offenbar reine Alibi-funktion und wird nicht, wie geplant, in die Entscheidungsfindung einbezogen“.

Ganz nebenbei: Auch wenn die Stadtwerke das Parkleitsystem bezahlen, heißt daß noch lange nicht, daß die Stadt Hameln finanziell überhaupt nicht damit belastet wird. Denn wenn die Stadtwerke die 1,1 Million Mark über Darlehen finanzieren, dann werden Zinsen fällig, die wiederum den Gewinn schmälern. Da das 100prozentige Tochterunternehmen der Stadt seinen Gewinn aber in Mutters Portemonnaie schüttet, hätte die Stadt vermutlich mehr als nur ein paar Groschen an Einnahmeverlusten zu verschmerzen.



Mit Hinweistafeln sollen die Autofahrer in die Parkhäuser geleitet werden. Foto: heil

Image durch Parken ?

Thema Leitsystem im Fachausschuß / BUND ist dagegen

BB HAMELN. Der Rattenfänger soll zum besonderen Anziehungspunkt für die EXPO-Besucher werden. Neben der besseren Darstellung des Pfeifers soll Hameln darüberhinaus eine internationale Kommunikationsebene für die Jugend anbieten, wünschte sich Oberstadtdirektor Werner Lichtenberg im jüngsten Wirtschafts- und EXPO-Ausschuß.

Jugendlichen EXPO-Besuchern aus aller Welt soll man die Möglichkeit geben, für zwei bis drei Tage Hameln zu besuchen, schlug Lichtenberg vor. Transportiert werden müsse außerdem der eigentliche Sinn der Weltausstellung, namentlich Lösungsansätze und Ideen für die Probleme des nächsten Jahrtausends zu demonstrieren. Mit geringem finanziellen Aufwand realisierbare Ansätze könnten sich aber erst in den kommenden Monaten abzeichnen, wenn auch die Tendenz der Aussteller erkennbar sei, unterstrich Lichtenberg. Die Zielsetzungen, EXPO-Szenarien und Handlungsfelder sollen dabei als Grundlage zur Diskussion

im EXPO-Ausschuß genutzt werden. Für eine weitere Einbeziehung des Umlandes plädierte Oberbürgermeisterin Christa Bruns. Gemeinsames Vorgehen sei gefragt, wenn man nicht jeden Kirchturm für sich allein planen lassen wolle.

Als dringend erforderlich stuft der Arbeitskreis Citymarketing das 1,1 Mio Mark teure Parkleitsystem für die Rattenfängerstadt ein. Ziel sei es, die Erreichbarkeit Hamelns mit dem Auto zu verbessern, erläuterte Lichtenberg hierzu. Eine abgespeckte Version würde keinen Nutzen bringen. Die Konkurrenzsituation unter den Städten erfordere imageträchtige Maßnahmen, die verdeutlichen, daß genügend Parkraum vorhanden sei.

Nicht wegdiskutieren dürfe man allerdings die Finanzierungsfrage, wandten Karsten Jürgens (Grüne) und Werner Sattler (SPD) ein. Da die finanzierenden Stadtwerke eine Tochter der Stadt seien, müsse

der Bürger alles bezahlen. Dementsprechend solle auch von den politischen Gremien Einfluß auf die Entscheidung genommen werden, empfahl der Ausschuß.

Gegen dieses Verkehrsleitsystem hat sich übrigens der BUND ausgesprochen. Dr. Markus Hedemann: „SPD, FDP und Einzelhandelsverband sind schlecht beraten, wenn sie, wie in der Vergangenheit, Citymarketing mit Parkraumbeschaffung gleichsetzen. Der BUND sieht die Maßnahme als teuren PR-Gag an, mit dem lediglich elektronische Werbeflächen für das Autofahren geschaffen werden.“

Keine wesentlichen Veränderungen solle es bei der Gestaltung des Weihnachtsmarktes geben, erläuterte Peter Weippert vom Ordnungsamt. Allerdings können künftig auch neue Anbieter zugelassen werden. Attraktivität und die Investitionen der Marktbesucher seien hierfür maßgebend. Um künftig eine gerechte Vergabe der Plätze zu gewährleisten, soll die Verwaltung eine Satzung oder abgegrenzte Richtlinien erarbeiten, schlug Uwe Schoormann vor.



Dr. Hedemann

26.03.97 DWZ

HAZ

HAMELN / Bund für Umwelt und Naturschutz will geplantes Parkleitsystem in der Rattenfängerstadt stoppen

„Nichts als Schnickschnack mit minimalem Nutzen“

In einem offenen Brief an die Mitglieder der Fraktionen im Rat der Stadt Hameln appelliert die Kreisgruppe Hameln-Pyrmont des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) an die Politiker, sich für einen sofortigen Stopp der Planungen und der Umsetzung des elektronischen Parkleitsystems (EPLS) einzusetzen.

Es ist nach Ansicht von Ralf Hermes, Kreisgruppenvorsitzender des BUND, höchst strittig, ob ein EPLS überhaupt einen verkehrstechnischen Nutzen für eine Stadt wie Hameln habe. Ein Parkleitsystem sei nur dann zu begründen, wenn die Tiefgaragen Kopmannshof und Real in die Wegweisung mit einbezogen würden, da Autofahrer dort noch am

ehesten nach Parkmöglichkeiten suchen würden. Die bisherige Planung ist nach Auffassung des BUND zu lückenhaft, da nur ein Drittel der Parkhäuser in der Innenstadt erfaßt werde. „Die Kopmannshofgarage als einziger stark ausgelasteter Anlaufpunkt ist im System nicht berücksichtigt“, kritisiert Hermes. Erfahrungen in anderen Städten zeigten, daß je unvollständiger das EPLS sei, umso geringer falle auch die Akzeptanz in der Bevölkerung aus. „Als Hauptzweck verbleibt somit nur noch, daß dem Bürger angezeigt wird, daß es in Hamelns Parkhäusern ständig freie Parkplätze gibt“, meint Hermes.

Selbst im Verkehrskonzept des Rates sei ein Parkleitsystem nicht vorgesehen, heißt es in dem Brief. Fachleute der Ver-

waltung und der Stadtwerke selbst seien anfangs noch gegen ein EPLS gewesen. Der Bund verweist in diesem Zusammenhang auf einen Maßnahmenkatalog vom Juli 1995 zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP). Darin sei bereits auf den hohen Investitionsaufwand verwiesen worden, der nach Ansicht der Gutachter zweckmäßiger eingesetzt werden könne, beispielsweise zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Durch das System werde nach Meinung des BUND Geld verschwendet, das zum Beispiel für die Einrichtung von Radfahrwegen auf den Wällen oder Kreisstraßen hätte verwendet werden können.

Ziel des Verkehrsentwicklungsplans sei es gewesen, Autofahrer dazu anzuregen, auf umweltfreundlichere Verkehrs-

träger umzusteigen, betont der BUND. Das Parkleitsystem als großflächig angelegte Werbung für das Autofahren sei kontraproduktiv. „Die Einrichtung eines Parkleitsystems ist ein Millionengeschenk an den Einzelhandel und nichts anderes als ein Modeschnickschnack mit minimalem Nutzeffekt.“

„Indem der Geschäftsführer der Stadtwerke, Klaus Arnold, zugibt, daß er nicht mit einer stärkeren Belegung der Parkhäuser durch das neue Infosystem rechnet, macht er offensichtlich, daß das System nutzlos ist“, erklärt Hermes. „Die Stadtwerke Hameln sind eine hundertprozentige Tochter der Stadt Hameln und unterstehen unserer Ansicht nach gerade bei solchen Investitionen der Verantwortung des Rates.“ **kiw**

Hamelner Markt 26.03.98

BUND protestiert

Als Millionengeschenk an den Einzelhandel sieht der BUND das Parkleitsystem. Und um den Ärger Luft zu machen, protestierte die Kreisgruppe gestern abend vor dem Weserbergland-Zentrum gegen diesen von den Stadtwerken finanzierten „Modeschnickschnack“. Und auch der Stadtelternrat, die Sumpflume, Kantorei der Marktkirche, der Kinderschutzbund, Naturschutzbund und ADFC demonstrierten mit gegen den „unnötigen Schilderwald“.

Vor der Ratssitzung wurde Oberbürgermeisterin Christa Bruns ein Aufruf der Protestler überreicht. Das derzeitige Verfahren beim sogenannten Citymarketing grenze eine Vielzahl von Hamelner Verbänden und Vereinen aus, heißen die Vor-

würfe. Großzügige Repräsentationsprojekte wie der Umbau des Hochzeitshauses oder das acht Millionen Mark teure Tourismuszentrum hätten einen ungleich größeren Stellenwert als die alltäglichen Belange der Bürger, ist der Eindruck der Kritiker. Von einer Fehlentwicklung spricht der BUND. Gestern abend hieß die Forderung an den Rat der Stadt Hameln: zu einer ganzheitlichen Stadtentwicklungsplanung zurückkehren. Der Aufbau des zweiten Rings für das Parkleitsystem sollte sofort gestoppt werden. Das gesparte Geld der Stadtwerke sei als Gewinn für die Konsolidierung des Hamelner Haushalts zu verwenden. Kürzungen in anderen Bereichen ließen sich dadurch verhindern.

sb

Gegen Rotstift bei Kultur und Sozialem

Kundgebung vor der Ratssitzung / Verbände wollen Stadtentwicklung konstruktiv mitgestalten



Ralf Hermes (BUND) übergibt Oberbürgermeisterin Christa Bruns die gesammelten Erklärungen.

Hameln (CK). „Agieren statt reagieren“ hieß das Motto, unter dem der Bund Naturschutz zu einer Kundgebung vor Beginn der Ratssitzung aufgerufen hatte. Vertreter von Stadtelternrat, Sumpflume, Kantorei, Kinderschutzbund, Naturschutzbund und ADFC überreichten dabei Erklärungen an Oberbürgermeisterin Christa Bruns und informierten auch die Besucher über ihr Anliegen: nämlich durch Aktionen die geplanten Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich zu verhindern. „Fahrradspuren statt Parkschilder“ oder „Kein Citymarketing ohne zukunftsfähige Stadtentwicklung“. Die wollen die Demonstranten nicht allein dem Oberstadtdirektor und der Politik überlassen. „Wir wollen die Entwicklung unserer Stadt konstruktiv mitgestalten“, begründeten sie ihr Engagement.

DEWEZET 29.03.98

Hameln - Pyrmont

SONNABEND, 28. MÄRZ 1998 · NR. 74

HAMELN / Demonstration vor dem Rathaus: Verbände protestieren gegen Geldpolitik

Besitzt die Repräsentation absoluten Vorrang?

Mit einem Fahrradkonvoi und Flugblättern bekundete die Hameln-Pyrmont Kreisgruppe des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) zusammen mit anderen Vereinen und Verbänden ihren Unmut über die Finanzpolitik der Stadt Hameln. Vertreter des BUND und zehn weiterer Einrichtungen, unter anderem des Kinderschutzbundes, der Sumpflume und der Kantorei der Marktkirche informierten Passanten im Vorfeld der Ratssitzung über ihre Anliegen. Nach Ansicht der Kundgebungsteilnehmer entsteht der Eindruck, daß großzügige Repräsentationsprojekte wie das neue Tourismuszentrum – für etwa acht Millionen Mark – oder der Umbau des Rathauses einen ungleich höheren Stellenwert hätten, als die „alltäglichen“ Belange der Hamelner Bürger und ihrer Verbände. Als „absolute Krönung“ und kronkretes Beispiel für eine derartige Fehlentwicklung bezeichneten die Organisatoren der Kundgebung die Einführung eines Elektronischen Parkleitsystems (EPLS). In einem Aufruf an den Rat der Stadt Hameln forderten die Verbände, den Bau des zweiten Rings des EPLS zu stoppen, um damit Kürzungen in anderen Bereichen insbesondere auf den Gebieten Soziales, Sport, Kultur und Sicherheit zu verhindern.



Protest auf zwei Rädern: Mitglieder von Vereinen und Verbänden fordern von der Stadt mehr Unterstützung.

Witzig (2)

Nach Ansicht des BUND habe die Stadtverwaltung den Dialog mit den Verbänden abgebrochen und betreibe derzeit nur noch Citymarketing „in einem kleinen handverlesenen Kreis.“ Eine Reaktion der Verantwortlichen gab blieb bislang aus. Oberstadtdirektor Werner Lichtenberg hatte die Beteiligten allerdings unverbindlich zu einem

Gespräch eingeladen und fügte kritisch hinzu, daß er kein einseitiges Citymarketing betreibe. Auf einer Änderung der bisherigen Beschlüsse hofft Ralf Her-

mes, Kreisgruppenvorsitzender des BUND, jedoch nicht: „Die Vorhaben der Stadt sind schon beschlossene Sache“, meint er. „Wenigstens hätten die Kund-

gebungsteilnehmer jedoch den Unmut vieler Bürger über die Verteilung der öffentlichen Gelder deutlich machen können.“

kiw

29. März 1998

MAS
LOKAL-journal

Seite 9

Vereine und Verbände protestieren gegen Kürzungen: Stadt weiter auf Sparkurs

HAMELN (HH). In den nächsten beiden Jahren macht die Stadt Hameln manche Mark locker. Die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes (sieben Millionen Mark), das Touristen-Info-Center am Bürgergarten (sieben Millionen Mark), die Fußgängerbrücke zum Werder (1,2 Millionen Mark) oder der Radweg über den Deisterfriedhof (1,5 Millionen Mark) kosten eine Stange Geld. Weil im städtischen Etat schon in diesem Jahr ein Minus droht, wurde Hamelns Stadtkämmerer Dieter Joschko damit beauftragt, jeden Pfennig zusammenzukratzen. Seine Sparvorschläge hat er jetzt in Form eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes vorgelegt.

2,8 Millionen Mark müßten nach Angaben von Oberstadtdirektor Werner Lichtenberg zusätzlich erwirtschaftet werden, um das Loch im Verwaltungshaushalt zu stopfen. Doch selbst ein strikter Sparkurs kann das Minus nicht völlig ausgleichen. Der Kämmerer hat bislang in Konsolidierungsprogramm und Nachtragshaushalt rund 1,5 Millionen Mark am möglichen Einsparungen zusammengerechnet – durch Stellenreduzierung (möglicherweise auch im neuen Bürgeramt), Erhöhung von Gebühren (Volkshochschule, Jugendmusikschule, Schwimmbäder) oder Kürzungen bei Kindertagesstätten, Theater, Jugendkunstschule, Stadtbücherei, Museum, Hamelner Forum oder Standesamt. Sparsamkeit



Vertreter Hamelner Vereine und Verbände zeigten vor Beginn der Ratssitzung ihren Unmut über Kürzungen im kulturellen und sozialen Bereich. Großzügige Repräsentationsgebäude hätten einen ungleich höheren Stellenwert als die alltäglichen Belange der Hamelner, so die Kritik. Foto: jps/ot

ist künftig auch im Rathaus angesagt. Büromaterial soll sorgsamer zugeteilt, die Zahl der Fotokopien limitiert werden, und selbst bei den Heizkosten will der Kämmerer den Rotstift ansetzen. Mit dem Konsolidierungsprogramm – es wurde bei der letzten Ratssitzung vorgelegt – muß sich die Politik in den kommenden Wochen befassen.

Vor Beginn der Ratssitzung bekundeten elf Hamelner Vereine und Verbände ihren Unmut über die Kürzungen im kulturellen und sozialen Bereich. Sie überreichten den

Ratsmitgliedern und Oberbürgermeisterin Christa Bruns einen Aufruf – unterzeichnet unter anderem von DPVW, Stadelternrat, Bund für Umwelt und Naturschutz, Kinderschutzbund, Deutschem Fahrradclub, Kantorei der Hamelner Marktkirche, Mütterzentrum und Arbeitskreis ausländischer Kinder. Die Vereine und Verbände können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß „großzügige Repräsentationsgebäude wie der Umbau des Hochzeithauses oder das neue Tourimuszentrum einen ungleich höheren Stellenwert haben, als die alltäglichen Belange der Hamelner Bürger“, so heißt es in dem Aufruf. Diese Fehlentwicklung müsse umgehend gestoppt werden. Die Vereine und Verbände haben sich überdies der Kritik des BUND an der Errichtung eines elektronischen Parkleitsystems angeschlossen. Sie fordern, den Aufbau zu stoppen und das Geld (rund 500 000 Mark) für die Konsolidierung des Hamelner Haushaltes zu verwenden, damit Kürzungen in anderen Bereichen verhindert werden können. **Kommentar Seite 2**

Parkleitsystem kommt

Die Würfel sind gefallen

Der Arbeitskreis Citymarketing hält ein „richtiges“ Parkleitsystem in Hameln für wichtig – und nichts von einer Sparversion mit einfachen Hinweisschildern. Diese Information sollten die Mitglieder des Wirtschafts- und Expo-Ausschusses eigentlich nur zur Kenntnis nehmen. Aber genau dazu waren sie nicht bereit, sondern forderten das Recht der Politik, dieses Thema auch zu diskutieren. Wie sie später erfahren mußten: Sie hätten sich ihre Worte sparen können, denn die Würfel waren längst gefallen.

Allen voran Heinz Hoffmann (SPD) und der Grüne Karsten Jürgens sahen den Sinn oder Unsinn der digitalen Anzeigentafeln, die den Autofahrern von freien Parkplätzen in den

Hamelner Parkgaragen künden sollen, noch nicht ausreichend erörtert. Für Jürgens gehörte die Frage, welches System eingeführt und wie es finanziert werden soll schon deshalb öffentlich debattiert, „weil der Bürger es bezahlen muß“. Werner Sattler (SPD) bestätigte ihn darin, Oberstadtdirektor Werner Lichtenberg winkte ab: „Wenn Sie das fordern, dann fordern Sie Mitsprache bei der Aufstellung von jedem anderen Schild!“

Die Ratsmitglieder blieben trotzdem dabei: Das Parkleitsystem sollte auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung kommen. Schließlich,

so Uwe Schoormann (SPD) bedürfe es durchaus noch der Klärung, „ob einem der Hinweis auf Parkplätze, die sowieso da sind, 1,1 Million Mark wert ist“. Letztlich müsse aber der Aufsichtsrat der Stadtwerke die Antwort geben, denn die Stadtwerke hätten sich ja bereit erklärt, die Kosten für alles zu übernehmen.

„Wer gibt den Stadtwerken eigentlich den Auftrag für die Installierung des Parkleitsystems?“, wollte Christa Bruns (SPD) wissen. „Der Rat muß den Auftrag erteilen“, wollte Stadtwerke-Aufsichtsrat Heinz Hoffmann sie aufklären – und lag damit daneben. Aufklärung

gab an diesem Punkt der Diskussion endlich (und längst überfällig) der Oberstadtdirektor: „Der Aufsichtsrat der Stadtwerke hat das Parkleitsystem bereits beschlossen und auch die entsprechenden Mittel in seinen Wirtschaftsplan eingestellt“. Auf gut deutsch: Der Zug war schon abgefahren – also jedes der vorangegangenen Worte im Grunde für die Katz. Und nicht einmal Empörung wegen unterlassener Information war angebracht. „Die Entscheidung der Stadtwerke“ erinnerte Lichtenberg die Damen und Herren von der Politik, „war jedem hier zugänglich“.

ni